

Energieintensive Industrien fordern Kurswechsel in der Energiepolitik

31. August 2005

Deutschland und die Europäische Union müssen ihre Alleingänge in der Klimapolitik aufgeben. Dies fordern die energieintensiven Industrien in Deutschland im Vorfeld der Bundestagswahl von der künftigen Regierung. Die Energiepolitik müsse wieder Standortpolitik werden, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Branchenverbände der Chemie-, Glas-, Metall-, Papier-, Stahl- und Zementindustrie. Klimapolitik sei nur wirksam, wenn sie weltweit mit allen Emittenten, unter Einschluss der USA und Schwellenländern wie China und Indien, abgestimmt werde. Deshalb ist auch die Initiative des BDI zu begrüßen, für die Zeit nach 2012 ein Klimaschutzabkommen zu erreichen, das sich an der globalen Ausrichtung des neuen asiatisch-pazifischen Klimapakt orientiert. Zudem plädieren die Branchenverbände für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der Kernkraftwerke.

Besondere Sorgen bereiten den energieintensiven Branchen die massiv gestiegenen Strompreise. Die Verbände weisen die Darstellung des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) entschieden zurück, wonach die Stromkosten keine entscheidende Rolle in diesen Industriezweigen spielten. Schließlich stünden nicht Branchen im Wettbewerb, sondern einzelne Produkte. Und bei einzelnen Produkten der Grundstoffindustrien betragen die Stromkosten mehr als 50 Prozent der Herstellungskosten. Daher müssten die wesentlichen Faktoren beseitigt werden, die derzeit als Preistreiber beim Strompreis wirken. Dies sind insbesondere die Auswirkungen des Emissionshandels auf die Kosten der Stromerzeugung sowie der mangelnde Wettbewerb im Strommarkt.

Die gegenwärtige Differenz zwischen den Kosten der Stromerzeugung und dem Börsenpreis des Stroms sei „nicht hinnehmbar“, heißt es mit Blick auf die aktuelle Diskussion. In diesem Zusammenhang müssten auch andere staatliche energiepolitische Instrumente wie die Ökosteuer und das Erneuerbare-Energien-Gesetz so überarbeitet werden, dass der Einsatz von Energie als industrieller Produktionsfaktor in Deutschland nicht stärker als im Ausland belastet wird. „Um auch in Zukunft in Deutschland produzieren und Arbeitsplätze erhalten zu können, sind die energieintensiven Industriezweige auf international wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere Energieversorgung angewiesen“, so das Fazit der Branchenverbände.

Die energieintensiven Branchen der Chemie-, Glas-, Metall-, Papier-, Stahl- und Zementindustrie beschäftigen in Deutschland rund 750.000 Menschen und erzielen einen jährlichen Umsatz von 215 Milliarden Euro. Sie setzen bei der Produktion etwa ein Viertel des deutschen Gesamtbedarfs an Strom und Erdgas ein.

Der vollständige Text „Energiepolitische Kernforderungen der energieintensiven Industrien zur neuen Legislaturperiode“ finden Sie auch im Internet unter www.BDZement.de

Weitere Informationen:

Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V.
Luisenstr. 44, 10117 Berlin, Tel. 030/ 28002-225

Bundesverband Glasindustrie e.V. (BV Glas)
Am Bonnhof 5, 40474 Düsseldorf, Tel. 0211 / 4796 – 332

Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)
Karlstr. 21, 60329 Frankfurt, Tel. 069 / 2556 – 1539

Verband Deutscher Papierfabriken e.V. (vdp)
Adenauerallee 55, 53113 Bonn, Tel. 0228 / 26705 – 39

Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V. (WVM)
Wallstr. 58/59, 10179 Berlin, Tel.: 030 / 726207 - 100

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstr. 65, 40237 Düsseldorf, Tel. 0211 / 6707 – 115